

1420 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht des Justizausschusses

über die Regierungsvorlage (742 der Beilagen): Bundesgesetz über die Sachwalterschaft für behinderte Personen

Mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf soll die aus dem Jahr 1916 stammende Entmündigungsordnung durch eine Regelung ersetzt werden, auf Grund der die Gerichte psychisch Kranken und geistig Behinderten eine ihren individuellen Bedürfnissen angemessene Rechtsfürsorge gewähren können. An die Stelle der vollen und der beschränkten Entmündigung, die die Geschäftsfähigkeit des psychisch Kranken oder geistig Behinderten pauschal vermindert und ihn seinen rechtlichen Fähigkeiten einem Kind unter sieben Jahren bzw. einem mündigen Minderjährigen gleichstellt, soll die Bestellung eines Sachwalters für die Angelegenheiten treten, in denen der psychisch Kranke oder geistig Behinderte konkret einer Hilfe bedarf. Die Beschränkung des Betroffenen in seiner Geschäftsfähigkeit soll nur so weit reichen, als das Wohl der behinderten Person es erfordert.

Besondere Bestimmungen des außerstreitigen Verfahrens für die Bestellung des Sachwalters sollen dem kompensatorischen Rechtsschutzbedürfnis der psychisch Kranken und geistig Behinderten gezielt Rechnung tragen.

Mit einer auf die wohlverstandenen Interessen des Behinderten und seiner Umgebung Bedacht nehmenden Regelung der Verständigung Dritter von der Sachwalterbestellung sollen die Erfordernisse des Verkehrsschutzes berücksichtigt werden.

Die Regelung der Vereinssachwalterschaft soll die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Organisationsformen zur Ausbildung und Bereitstellung von Sachwaltern schaffen und damit den immer wieder beklagten Mangel an geeigneten Personen für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und geistig Behindter beseitigen.

An die Stelle der die psychisch Kranken und geistig Behinderten diskriminierenden Ausdrücke der Entmündigungsordnung soll eine zeitgemäße, den Rechtsfürsorgegedanken betonende Terminologie treten.

Der Justizausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 17. November 1981 der Vorberatung unterzogen und einstimmig beschlossen, zur weiteren Behandlung dieser Materie einen Unterausschuß einzusetzen, dem von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Edith Dobesberger, Dr. Gradišnik, Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Jolanda Offenbeck und Dr. Stippel, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Gaigg, Dr. Hauser, Dr. Marga Hubinek und Dr. Feuerstein sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dr. Steger angehörten.

Zum Obmann des erwähnten Unterausschusses wurde der Abgeordnete Dr. Steger und zu seinen Stellvertretern die Abgeordneten Dr. Jolanda Offenbeck und Dr. Hauser gewählt.

Der erwähnte Unterausschuß behandelte den Gegenstand unter Beteiligung des Bundesministers für Justiz Dr. Broda und seiner Mitarbeiter, des Sektionschefs Hon.-Prof. Dr. Loewe, des Ministerialrats Dr. Ent und des Oberrats Dr. Hopf, in zwei Arbeitssitzungen und berichtete sodann dem Justizausschuß am 26. Jänner 1983 über das Ergebnis seiner Tätigkeit.

Nach Wortmeldungen der Abgeordneten Blecha, Dr. Hauser, des Ausschüßobmannes Abgeordneten Dr. Steger sowie des Bundesministers für Justiz Dr. Broda wurde von den Abgeordneten Blecha, Dr. Hauser und Dr. Steger ein gemeinsamer Abänderungsantrag vorgelegt.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Gesetzentwurf in der diesem Bericht beigedruckten Fassung einstimmig angenommen.

Der Unterausschuß des Justizausschusses hat bei seinen Beratungen auch auf die Ergebnisse der seit Einbringung der Regierungsvorlage stattgefundenen Diskussionen über das Reformvorhaben, insbesondere im Rahmen der Tagung der Österreichischen Juristenkommission im Mai 1981 in Weißbach am Attersee und auf dem 8. Österreichischen Juristentag im Mai 1982 in Graz, Bedacht genommen. Auf Grund verschiedener Stellungnahmen,

insbesondere auch aus dem Kreis der Körperbehinderten, ist der Unterausschuß bei der Beratung des in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen § 273 b ABGB zu dem Ergebnis gelangt, daß diese Regelung entbehrlich ist. Das geltende Recht sieht ohnedies Hilfen für körperlich Behinderte in verschiedenen Lebenslagen vor; insbesondere kann der körperlich Behinderte einen Rechtsanwalt oder Notar oder sonst eine Person seines Vertrauens mit der Wahrnehmung seiner Angelegenheiten betrauen.

Im übrigen wird zu den Änderungen der Regierungsvorlage folgendes bemerkt:

Zu Artikel I

Änderungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches

Zu § 273:

Der Justizausschuß geht davon aus, daß mit dem Begriff „Angelegenheiten“, wie er in dieser Bestimmung und an anderen Stellen des Entwurfes verwendet wird, an denselben bereits im geltenden Recht, insbesondere in den §§ 21 und 269 ABGB sowie in der aufzuhebenden Entmündigungsordnung, enthaltenen Ausdruck angeknüpft wird; gemeint sind im wesentlichen Angelegenheiten rechtlicher Art.

Wie schon in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage hervorgehoben wird, haben die Gerichte nach dem Entwurf den Wirkungskreis des Sachwalters im Einzelfall nach den konkreten Bedürfnissen des psychisch Kranken oder geistig Behinderten festzulegen. Demnach kann der Sachwaler mit der Besorgung einzelner Angelegenheiten, eines bestimmten Kreises von Angelegenheiten oder aller Angelegenheiten der behinderten Person betraut werden.

Vom Sachwaler zu besorgende Einzelangelegenheiten könnten daher zB wie folgt festgelegt werden:

„Der Sachwaler wird mit der Vertretung des in dem beim Bezirksgericht anhängigen Verfahren betraut.“

„Der Sachwaler wird mit der Schließung eines Vertrages über den Verkauf der Liegenschaft betraut.“

Bestimmte Bereiche von Angelegenheiten können etwa in folgender Weise umschrieben werden:

„Der Sachwaler wird mit der Verwaltung der Liegenschaft EZ sowie der Wertpapiere betraut.“

„Der Sachwaler wird mit der Empfangnahme und Verwaltung der von der Pensionsversicherungsanstalt geleisteten Pension betraut. Er wird beauftragt, hiervon monatlich S dem zur freien Verfügung zu überlassen.“

Zu § 273 a:

Der Justizausschuß geht davon aus, daß die im Abs. 3 dieser Bestimmung vorgesehene Verständigungspflicht des Sachwalters, ohne daß dies ausdrücklich gesagt werden muß, dort ihre Grenze hat, wo eine Verständigung mit der behinderten Person auf Grund der Art der Behinderung bzw. der Erkrankung nicht möglich ist.

Zu § 281:

Mit der Änderung des in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Abs. 2 soll verdeutlicht werden, daß der Richter bei der Auswahl der Person des Sachwalters durch die Einrichtung der Vereins-sachwalterschaft nicht eingeschränkt wird. Der § 281 ist auch nicht in dem Sinn zu verstehen, daß sich das Gericht bei der Auswahl des geeigneten Sachwalters zunächst mit der mangelnden Eignung etwa der dem Betroffenen näher stehenden Personen auseinanderzusetzen hat; der Entwurf räumt kein subjektives Recht auf das Amt des Sachwalters ein.

Um die richterlichen Möglichkeiten der Auswahl eines geeigneten Sachwalters zu erweitern, schlägt der Justizausschuß vor, für den Fall der Notwendigkeit der Besorgung von Angelegenheiten, die vorwiegend Rechtskenntnisse des Sachwalters erfordern, nicht nur Rechtsanwälte und Notare, sondern auch Rechtsanwaltsanwärter und Notariatskandidaten vorzusehen (Abs. 3).

Zu § 283:

Der vom Justizausschuß vorgeschlagene Abs. 3 trägt der Erfahrung Rechnung, daß, obgleich die Voraussetzungen für die Bestellung des Sachwalters (Kurators) bereits weggefallen sind, also der Pflegebefohlene gar nicht der Hilfe eines Sachwalters (Kurators) bedarf, in der Praxis dennoch Pflegeschaftsverfahren oft über viele Jahre anhängig sind. Die Festlegung einer gesetzlichen Frist für die vorgesehene Überprüfung der Notwendigkeit der Sachwalterschaft (Kuratel) scheint im Hinblick auf die unterschiedlichen Voraussetzungen und Aufgabenstellungen der Sachwalterschaft (Kuratel) nicht zweckmäßig.

Zu § 568:

Der in der Regierungsvorlage enthaltene letzte Halbsatz dieser Bestimmung soll entfallen. Der mit der Beweglichkeit der vorgeschlagenen Regelung verbundene Vorteil, auf die individuellen Fähigkeiten der behinderten Person verstärkt Bedacht nehmen zu können, wird überwogen durch die Nachteile, die sich aus der Unsicherheit über die Gültigkeit einer letztwilligen Verfügung ergeben können. Die Beschränkung des § 568 bezieht sich ohnedies bloß auf die Form der letztwilligen Verfügung; die Fähigkeit zu testieren wird durch die Bestellung eines Sachwalters an sich nicht beschränkt.

1420 der Beilagen

3

Zu § 865:

Der erste Satz des § 865 handelt von den Geschäftsunfähigen, der zweite Satz von den beschränkt Geschäftsfähigen. Da Personen, denen ein Sachwalter nach § 273 ABGB idF des Entwurfes bestellt wird, beschränkt geschäftsfähig sind (siehe § 273 a Abs. 1), gehört der Vorbehalt zugunsten der Regelung des § 273 a Abs. 2 in den zweiten — und nicht in den ersten — Satz des § 865. Diese Änderung kann zum Anlaß genommen werden, in den zweiten Satz auch einen entsprechenden Vorbehalt zugunsten des § 151 Abs. 3 ABGB aufzunehmen. Die dem § 273 a Abs. 2 entsprechende Bestimmung über die Rechtswirksamkeit von Geschäften, die Minderjährige in Angelegenheiten des täglichen Lebens schließen, gilt ja nicht nur für Kinder unter sieben Jahren, sondern auch für beschränkt geschäftsfähige Minderjährige; auf den § 151 Abs. 3 ABGB ist daher sowohl im ersten wie auch im zweiten Satz des § 865 hinzuweisen.

Da es sich bei der Bestellung des Sachwalters zur Besorgung „sonstiger Angelegenheiten“ nach dem Abs. 2 des § 238 um eine Provisorialmaßnahme handelt, mit der eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit des Behinderten hinsichtlich der „sonstigen Angelegenheiten“ verbunden ist, soll der Aufgabenbereich des Sachwalters nicht über „dringende“ Angelegenheiten hinausgehen; das wird nunmehr klar ausgedrückt.

Die Änderungen der §§ 240, 241, 242 und 248 sollen unnötigen Verfahrensaufwand vermeiden.

Nach der vorgeschlagenen Ergänzung des § 245 soll im Sachwalterbestellungsbeschuß besonders darauf hingewiesen werden, daß die behinderte Person eine rechtswirksame letztwillige Verfügung nur mündlich vor Gericht oder mündlich notariell treffen kann (§ 568 ABGB idF des Entwurfes). Damit soll der Ungültigkeit der letztwilligen Verfügung der behinderten Person bloß wegen Verletzung der Formvorschrift vorgebeugt werden.

Zu Artikel II**Änderung des Ehegesetzes**

Bezüglich des zweiten Absatzes des § 102 EheG wird auf die Ausführungen zum § 568 ABGB hingewiesen. Wer einen Sachwalter hat, kann als beschränkt Geschäftsfähiger an sich eine Ehe schließen, er bedarf hiezu bloß der Einwilligung des Sachwalters. Verweigert der Sachwalter die Einwilligung ohne gerechtfertigten Grund, so hat sie das Gericht auf Antrag zu ersetzen. Die Formvorschriften für die Eheschließung, insbesondere die Funktion des Standesbeamten, gewährleisten unabhängig davon, daß „Personen, die wegen Geisteskrankheit oder aus einem anderen Grund des Gebrauches der Vernunft beraubt sind“ (§ 102 Abs. 1 EheG), keine Ehe schließen.

Zu Artikel III**Änderungen des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen**

Die geänderte Fassung des § 238 soll sicherstellen, daß der Betroffene durch die Bestellung eines einstweiligen Sachwalters für das Verfahren nicht in seiner rechtlichen Fähigkeit, selbst Anträge zu stellen, Rechtsmittel zu ergreifen usw. eingeschränkt wird. Er kann diese Rechte unabhängig von seinem Vertreter wahrnehmen. Das gilt freilich nicht für die Bestellung eines einstweiligen Sachwalters für „sonstige Angelegenheiten“ nach Abs. 2; der — nur im Abs. 1 enthaltene und im Abs. 2 nicht wiederholte — Halbsatz „dadurch wird der Betroffene in seinen Rechtshandlungen nicht beschränkt“ gilt nur für das Verfahren über die Bestellung des Sachwalters.

Dr. Grädischnik

Berichterstatter

Zu Artikel IX**Vereinssachwalterschaft**

Die Z 1 und 2 des Art. IX werden sprachlich verbessert. Im Buchstaben b der Z 2 wird die erforderliche personelle Ausstattung des Vereins präzisiert.

Zu Artikel X
Schluß- und Übergangsbestimmungen

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes (Z 1) ist so gewählt, daß den Gerichten, der Justizverwaltung und der Vereinssachwalterschaft ausreichende Zeit zur Vorbereitung einer reibungslosen Vollziehung des neuen Rechtes zur Verfügung steht.

Da die dem Nationalrat gleichfalls vorliegende Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes über die Rechtsfürsorge für psychisch Kranke in Krankenanstalten (1022 BlgNR XV. GP) nicht zugleich mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf beschlossen wird, müssen diejenigen Bestimmungen der Entmündigungsordnung weiterhin in Geltung bleiben, die sich auf die Anhaltung in psychiatrischen Krankenanstalten beziehen (Z 2 Buchstabe a). Aus dem gleichen Grund ist der Buchstabe d der Z 2 idF der Regierungsvorlage gestrichen worden.

Der Justizausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1983 01 26

Dr. Steger

Obmann

✓

/%

**Bundesgesetz vom XXXXXXXX über
die Sachwalterschaft für behinderte Personen**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Änderungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs

Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811, JGS Nr. 946, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 140/1979, wird wie folgt geändert:

1. Im ersten Satz des § 145 Abs. 1 werden die Worte „oder voll entmündigt“ aufgehoben.

2. Der § 157 hat zu lauten:

„§ 157. Die Bestreitung der Ehelichkeit durch den Ehemann der Mutter ist, abgesehen vom Fall des Abs. 2, ein höchstpersönliches Recht des Mannes. Ist der Mann minderjährig, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

Ist dem Mann ein Sachwalter nach § 273 bestellt worden und gehört zu den von ihm zu besorgenden Angelegenheiten die Bestreitung der Ehelichkeit, so steht das Recht der Bestreitung dem Sachwalter allein zu; er bedarf hierzu der gerichtlichen Genehmigung. Ist dem Mann ein solcher Sachwalter nicht bestellt, obwohl die Voraussetzungen vorliegen, so endet die Frist für die Bestreitung nicht vor dem Ablauf von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, von dem ab der Mann die Ehelichkeit selbst bestreiten kann oder in dem ihm ein Sachwalter bestellt wird. Hat der Sachwalter die Ehelichkeit nicht rechtzeitig bestritten, so kann der Mann nach Beendigung der Sachwalterschaft selbst bestreiten; mit dem Zeitpunkt der Beendigung der Sachwalterschaft beginnt die Frist neu zu laufen.“

3. Der Abs. 1 des § 173 hat zu lauten:

„Das Gericht hat von Amts wegen oder auf Antrag des Vaters oder der Mutter die Minderjährigkeit des Kindes noch vor dem Eintritt der Volljährigkeit zu verlängern, wenn es, besonders infolge merkbar verzögter Entwicklung, seine Angelegenheiten nicht ohne Gefahr eines Nachteils für sich selbst zu besorgen vermag.“

4. Nach dem § 272 werden folgende Bestimmungen samt Überschrift eingefügt:

„b) für behinderte Personen;

§ 273. Vermag eine Person, die an einer psychischen Krankheit leidet oder geistig behindert ist, alle oder einzelne ihrer Angelegenheiten nicht ohne Gefahr eines Nachteils für sich selbst zu besorgen, so ist ihr auf ihren Antrag oder von Amts wegen dazu ein Sachwalter zu bestellen.

Die Bestellung eines Sachwalters ist unzulässig, wenn der Betreffende durch andere Hilfe, besonders im Rahmen seiner Familie oder von Einrichtungen der öffentlichen oder privaten Behindertenhilfe, in die Lage versetzt werden kann, seine Angelegenheiten im erforderlichen Ausmaß zu besorgen. Ein Sachwalter darf nicht nur deshalb bestellt werden, um einen Dritten vor der Verfolgung eines, wenn auch bloß vermeintlichen, Anspruchs zu schützen.

Je nach Ausmaß der Behinderung sowie Art und Umfang der zu besorgenden Angelegenheiten ist der Sachwalter zu betrauen

1. mit der Besorgung einzelner Angelegenheiten, etwa der Durchsetzung oder der Abwehr eines Anspruchs oder der Eingehung und der Abwicklung eines Rechtsgeschäfts,
2. mit der Besorgung eines bestimmten Kreises von Angelegenheiten, etwa der Verwaltung eines Teiles oder des gesamten Vermögens, oder
3. mit der Besorgung aller Angelegenheiten der behinderten Person.

§ 273 a. Die behinderte Person kann innerhalb des Wirkungskreises des Sachwalters ohne dessen ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung rechtsgeschäftlich weder verfügen noch sich verpflichten. Sofern dadurch nicht das Wohl der behinderten Person gefährdet wird, kann das Gericht bestimmen, daß die behinderte Person innerhalb des Wirkungskreises des Sachwalters hinsichtlich bestimmter Sachen oder ihres Einkommens oder eines bestimmten Teiles davon frei verfügen und sich verpflichten kann.

Schließt die behinderte Person im Rahmen des Wirkungskreises des Sachwalters ein Rechtsge-

1420 der Beilagen

5

schäft, das eine geringfügige Angelegenheit des täglichen Lebens betrifft, so wird dieses Rechtsgeschäft, auch wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 zweiter Satz nicht vorliegen, mit der Erfüllung der die behinderte Person treffenden Pflichten rückwirkend rechtswirksam.

Die behinderte Person hat das Recht, von beabsichtigten wichtigen Maßnahmen in ihre Person oder ihr Vermögen betreffenden Angelegenheiten vom Sachwalter rechtzeitig verständigt zu werden und sich hierzu, wie auch zu anderen Maßnahmen, in angemessener Frist zu äußern; diese Äußerung ist zu berücksichtigen, wenn der darin ausgedrückte Wunsch dem Wohl der behinderten Person nicht weniger entspricht.“

5. Die §§ 280 bis 283 samt den dazugehörigen Randschriften haben zu lauten:

„Bestellung“

§ 280. Bei der Auswahl des Sachwalters oder Kurators ist auf die Art der Angelegenheiten, die er zu besorgen hat, bei der Auswahl des Sachwalters für eine behinderte Person besonders auch auf deren persönliche Bedürfnisse zu achten.

§ 281. Einer behinderten Person ist, wenn ihr Wohl nicht anderes erfordert, eine geeignete, ihr nahestehende Person, ist sie minderjährig, der bisherige gesetzliche Vertreter zum Sachwalter zu bestellen.

Erfordert es das Wohl der behinderten Person, so ist, soweit verfügbar, ein Sachwalter aus dem Kreis der von einem geeigneten Verein namhaft gemachten Personen zu bestellen.

Erfordert die Besorgung der Angelegenheit der behinderten Person vorwiegend Rechtskenntnis, so ist ein Rechtsanwalt (Rechtsanwaltsanwärter) oder Notar (Notariatskandidat) zum Sachwalter zu bestellen.

Rechte und Pflichten

§ 282. Soweit nicht anderes bestimmt ist, sind die Bestimmungen für den Vormund auch für die Rechte und Pflichten des Sachwalters (Kurators) maßgebend. Der Sachwalter einer behinderten Person hat auch die erforderliche Personensorge, besonders auch die ärztliche und soziale Betreuung, sicherzustellen, soweit das Gericht nicht anderes bestimmt.

Beendigung der Sachwalterschaft (Kuratell)

§ 283. Für das Erlöschen der Sachwalterschaft oder Kuratell gilt der § 249.

Der Sachwalter oder Kurator ist auf Antrag oder von Amts wegen zu entheben, wenn der Pflegebefohlene nicht mehr seiner Hilfe bedarf. Die §§ 254 und 257 sind sinngemäß anzuwenden.

Das Gericht hat im Rahmen seiner Fürsorgepflicht in angemessenen Zeitabständen zu überprüfen, ob das Wohl des Pflegebefohlenen die Aufhebung oder Änderung der Sachwalterschaft (Kuratell) erfordert.“

6. Der § 568 hat unter Entfall der Randschrift zu lauten:

„**§ 568.** Personen, denen ein Sachwalter nach § 273 bestellt ist, können nur mündlich vor Gericht oder mündlich notariell testieren.“

7. Im zweiten Satz des § 569 werden zwischen die Worte „Gerichte“ und „testieren“ die Worte „oder mündlich notariell“ eingefügt.

8. Der zweite Satz des § 718 wird aufgehoben.

9. Der zweite Satz des § 865 hat zu lauten:

„Andere Personen hingegen, die von Eltern, einem Vormund oder einem Sachwalter abhängen, können zwar ein bloß zu ihrem Vorteil gemachtes Versprechen annehmen; wenn sie aber eine damit verknüpfte Last übernehmen oder selbst etwas versprochen, hängt — außer in den Fällen des § 151 Abs. 3 und des § 273 a Abs. 2 — die Gültigkeit des Vertrages nach den in dem dritten und vierten Hauptstück des ersten Teiles gegebenen Vorschriften in der Regel von der Einwilligung des Vertreters oder zugleich des Gerichtes ab.“

10. Im § 1210 wird die Wortfolge „als Verschwender gerichtlich erklärt, oder überhaupt unter die Kuratell gesetzt wird.“ aufgehoben.

Artikel II

Änderung des Ehegesetzes

Der § 102 des Gesetzes vom 6. Juli 1938, deutsches RGBI. I S 807, zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 303/1978, hat zu lauten:

„**§ 102.** (1) Unter Geschäftsunfähigen sind Kinder unter sieben Jahren und Personen über sieben Jahre, die den Gebrauch der Vernunft nicht haben, zu verstehen.

(2) Unter beschränkt Geschäftsfähigen sind Minderjährige über sieben Jahre und Personen zu verstehen, denen ein Sachwalter nach § 273 ABGB bestellt ist.“

Artikel III

Änderung der Zivilprozeßordnung

Nach dem § 6 der Zivilprozeßordnung vom 1. August 1895, RGBI. Nr. 113, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 200/1982, wird folgende Bestimmung eingefügt:

„§ 6 a. Ergeben sich bei einer Partei, die der inländischen Pflegschaftsgerichtsbarkeit (§ 110 JN) unterliegt, Anzeichen für das Vorliegen der Voraussetzungen des § 273 ABGB mit Beziehung auf den Rechtsstreit, so ist das Pflegschaftsgericht zu verständigen. Das Pflegschaftsgericht hat dem Prozeßgericht ehestens mitzuteilen, ob ein (einstweiliger) Sachwalter bestellt oder sonst eine entsprechende Maßnahme getroffen wird. An die Entscheidung des Pflegschaftsgerichts ist das Prozeßgericht gebunden. Der § 6 Abs. 2 zweiter Satz und Abs. 3 erster Satz ist sinngemäß anzuwenden.“

Artikel IV

Änderungen des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen

Das Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen vom 9. August 1854, RGBI. Nr. 208, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 304/1978, wird wie folgt geändert:

1. Nach dem § 235 werden folgende Bestimmungen samt Überschrift eingefügt:

„FÜNFTE HAUPSTÜCK

Von der Bestellung der Sachwalter für behinderte Personen nach § 273 ABGB

Einleitung

§ 236. Das Verfahren über die Bestellung eines Sachwalters für eine behinderte Person nach § 273 ABGB ist einzuleiten, wenn sie selbst die Bestellung eines Sachwalters beantragt oder, etwa auf Grund einer Mitteilung über die Schutzbedürftigkeit einer behinderten Person, begründete Anhaltspunkte für die Notwendigkeit einer solchen Bestellung vorliegen.

§ 237. Das Gericht hat sich zunächst vom Betroffenen einen persönlichen Eindruck zu verschaffen. Es hat ihn über Grund und Zweck des Verfahrens zu unterrichten und hierzu zu hören.

Leistet der Betroffene der Ladung vor Gericht nicht Folge, so kann ihn das Gericht mit der nötigen Schonung vorführen lassen.

Ist das Erscheinen des Betroffenen vor Gericht unmöglich, untnlich oder seinem Wohl abträglich, so hat ihn der Richter aufzusuchen.

§ 238. Ist demnach das Verfahren fortzusetzen, so hat das Gericht für einen Rechtsbeistand des Betroffenen im Verfahren zu sorgen. Hat der Betroffene keinen gesetzlichen oder selbst gewählten Vertreter, so hat ihm das Gericht für das Verfahren einen einstweiligen Sachwalter zu bestellen; dadurch wird der Betroffene in seinen Rechtshandlungen nicht beschränkt. Die Vertretungsmacht des einstweiligen Sachwalters für das Verfahren erlischt, wenn der Betroffene dem Gericht die

Bevollmächtigung eines selbst gewählten Vertreters mitteilt.

Erfordert es das Wohl des Betroffenen, so hat ihm das Gericht zur Besorgung sonstiger dringender Angelegenheiten für die Dauer des Verfahrens einen einstweiligen Sachwalter zu bestellen. Der § 248 ist sinngemäß anzuwenden.

Mündliche Verhandlung

§ 239. Das Gericht hat die für seine Entscheidung erforderlichen Feststellungen auf der Grundlage einer mündlichen, möglichst in einer Tagsatzung durchzuführenden Verhandlung zu treffen. Die Bestimmungen der ZPO über die mündliche Verhandlung sind anzuwenden. Das Gericht kann die Öffentlichkeit auch ausschließen, wenn es das Interesse des Betroffenen erfordert.

§ 240. Zur mündlichen Verhandlung sind der Betroffene und sein Vertreter zu laden. Von der Ladung des Betroffenen ist abzusehen, wenn sein persönliches Erscheinen unmöglich ist oder seinem Wohl abträglich wäre.

§ 241. Bei der mündlichen Verhandlung sind die für die Feststellung des Gerichtes erforderlichen Beweise, nach Tunlichkeit unter Beiziehung von dem Betroffenen nahestehenden Personen, aufzunehmen; im übrigen sind die für die Entscheidung erheblichen Umstände vorzutragen.

Ein Sachwalter darf nur nach Beiziehung eines oder erforderlichenfalls mehrerer Sachverständiger bestellt werden. Sachverständige haben ihr Gutachten in der mündlichen Verhandlung vorzutragen; der Befund darf auch außerhalb der mündlichen Verhandlung aufgenommen werden.

Eine Verweisung auf den Rechtsweg ist unzulässig.

§ 242. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme sind in der mündlichen Verhandlung zu erörtern.

Beschluß

§ 243. Gelangt das Gericht zum Ergebnis, daß ein Sachwalter nicht zu bestellen ist, so hat es das Verfahren in jeder Lage mit Beschluß einzustellen.

§ 244. Der Beschluß über die Bestellung des Sachwalters hat zu enthalten

1. den Ausspruch, daß dem Betroffenen gemäß § 273 ABGB ein Sachwalter bestellt wird;
2. die Umschreibung der Angelegenheiten, die der Sachwalter zu besorgen hat;
3. gegebenenfalls, inwieweit der Betroffene frei verfügen oder sich verpflichten kann;
4. die Bezeichnung der Person des Sachwalters;
5. den Ausspruch über die Kosten.

§ 245. Der Beschluß über die Einstellung des Verfahrens oder die Bestellung des Sachwalters ist zu begründen. Wird ein Sachwalter bestellt, ist

1420 der Beilagen

7

außerdem auf die besondere Formvorschrift für die Errichtung einer letztwilligen Verfügung (§ 568 ABGB) hinzuweisen.

§ 246. Der Beschuß über die Einstellung des Verfahrens ist dem Betroffenen und seinem Vertreter, der Beschuß über die Bestellung eines Sachwalters ist dem Betroffenen zu eigenen Handen, seinem Vertreter und dem Sachwalter zuzustellen.

Das Gericht oder, wenn dies zweckmäßig ist, in seinem Auftrag der Sachwalter hat dem Betroffenen in geeigneter Weise, erforderlichenfalls unter Heranziehung des behandelnden Arztes, den Inhalt des Beschlusses zu erläutern.

§ 247. Der Beschuß, mit dem der Sachwalter bestellt wird, wird mit dem Eintritt der Rechtskraft wirksam.

§ 248. Von der Bestellung des Sachwalters sind auf geeignete Weise diejenigen Personen und Stellen, die nach den Ergebnissen des Verfahrens, insbesondere nach den Angaben des Sachwalters, ein begründetes Interesse an der Verständigung haben, und die Gemeinde (Wählerrevidenz) zu verständigen.

Weiter hat das Gericht zu veranlassen, daß die Bestellung des Sachwalters in die öffentlichen Bücher und Register eingetragen wird, wenn der Wirkungskreis des Sachwalters die in dem betreffenden Buch (Register) eingetragenen Rechte umfaßt.

Überdies hat das Gericht jedermann, der ein rechtliches Interesse glaubhaft macht, auf Anfrage über die Bestellung des Sachwalters und dessen Wirkungskreis Auskunft zu erteilen.

Rechtsmittel

§ 249. Gegen den Beschuß über die Bestellung des Sachwalters ist das Rechtsmittel der Vorstellung unzulässig.

Das Rechtsmittel des Rekurses steht dem Betroffenen, seinem Vertreter und dem bestellten Sachwalter zu.

Wird ein Rekurs nicht von dem Betroffenen (seinem Vertreter) erhoben, so ist er in zweifacher, gegebenenfalls in dreifacher, Ausfertigung zu überreichen; eine Ausfertigung ist dem Betroffenen (seinem Vertreter) zuzustellen. Ihnen steht es frei, binnen vierzehn Tagen nach Zustellung der Rekursurkunde beim Gericht erster Instanz eine Rekursbeantwortung einzubringen.

§ 250. Das Gericht zweiter Instanz hat das Verfahren nach den §§ 239 bis 242 zu ergänzen oder neu durchzuführen, wenn der Betroffene dies beantragt oder das Gericht dies für erforderlich hält.

Das Gericht zweiter Instanz darf die Feststellungen des Erstgerichtes nur insoweit ergänzen oder

von diesen abweichen, als es das Verfahren ergänzt beziehungsweise neu durchgeführt hat.

Ist im Verfahren vor dem Gericht erster Instanz über eine für die Entscheidung maßgebliche Tatsache ein Beweis aufgenommen worden, so kann mit Zustimmung des Betroffenen das Beweisaufnahmeprotokoll verlesen und von einer erneuten Beweisaufnahme Abstand genommen werden.

Beendigung, Einschränkung und Erweiterung der Sachwalterschaft

§ 251. Die §§ 236 bis 250 sind auf die Beendigung, die Einschränkung oder die Erweiterung der Sachwalterschaft entsprechend anzuwenden; von der Beziehung eines Sachverständigen kann abgesehen werden.

Kosten

§ 252. Die Kosten des Verfahrens hat der Bund vorzuschießen.

Wird ein Sachwalter bestellt oder die Sachwalterschaft erweitert, so hat das Gericht den Betroffenen ganz oder teilweise zum Ersatz der Kosten zu verpflichten, soweit es mit Rücksicht auf seine Lebensverhältnisse, besonders sein Einkommen, sein Vermögen und seine Sorgepflichten, der Billigkeit entspricht; im übrigen hat die Kosten der Bund zu tragen.“

2. Das bisherige Fünfte Hauptstück erhält die Bezeichnung „Sechstes Hauptstück“, das bisherige Sechste Hauptstück die Bezeichnung „Siebentes Hauptstück“ und das bisherige Siebente Hauptstück die Bezeichnung „Achtes Hauptstück“.

Artikel V**Änderung des Rechtspflegergesetzes**

Der § 16 Abs. 2 Z 2 des Rechtspflegergesetzes, BGBl. Nr. 180/1962, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 278/1980, hat zu lauten:

„2. das Verfahren über die Bestellung oder Enthebung des Sachwalters für eine behinderte Person einschließlich der Beendigung, Einschränkung oder Erweiterung der Sachwalterschaft;“

Artikel VI**Änderung des Allgemeinen Grundbuchgesetzes 1955**

Im § 20 Buchstabe a des Allgemeinen Grundbuchgesetzes 1955, BGBl. Nr. 39, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 550/1980, tritt an die Stelle der Wortfolge „der Entmündigung, der Verlängerung der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt, der Großjährigkeit“ die Wortfolge „der Bestellung eines Sachwalters (§ 248 Abs. 2 AußStrG), der Verlängerung der Minderjährigkeit, des Eintritts der Volljährigkeit“.

Artikel VII

Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes

Der § 11 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes, BGBl. Nr. 172/1950, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 199/1982, hat zu lauten:

„§ 11. Soll von Amts wegen oder auf Antrag gegen einen handlungsunfähigen Beteiligten, der eines gesetzlichen Vertreters entbehrt, oder gegen eine Person, deren Aufenthalt unbekannt ist, eine Amtshandlung vorgenommen werden, so kann die Behörde, wenn die Wichtigkeit der Sache es erfordert, die Bestellung eines Sachwalters (Kurators) bei dem hierfür zuständigen Gericht (§ 109 JN) veranlassen.“

Artikel VIII

Änderung der Nationalrats-Wahlordnung 1971

Der § 24 der Nationalrats-Wahlordnung 1971, BGBl. Nr. 391/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 93/1979, hat zu lauten:

„§ 24. Wegen mangelnder Handlungsfähigkeit

Vom Wahlrecht sind weiter Personen ausgeschlossen, denen ein Sachwalter nach § 273 ABGB bestellt ist.“

Artikel IX

Bestimmungen über die Vereinssachwalterschaft (§ 281 Abs. 2 ABGB)

1. Die Eignung eines Vereins, Sachwalter gemäß § 281 Abs. 2 ABGB namhaft zu machen, hat der Bundesminister für Justiz mit Bescheid festzustellen. Dieser Bescheid ist im Amtsblatt der Österreichischen Justizverwaltung kundzumachen.

2. Die Eignung eines Vereins nach Z 1 ist festzustellen, wenn

- a) nach den Statuten vorgesehen ist, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und dauernd zur Verfügung zu stellen, und
- b) dem Verein ausreichend ausgebildete und hauptberuflich tätige Sachwalter zur Verfügung stehen; setzt der Verein auch ehrenamtliche Sachwalter ein, so muß für deren fachgerechte Anleitung und Überwachung besonders vorgesorgt sein.

3. Die im Rahmen der Vereinssachwalterschaft tätigen Personen sind, außer dem Pflegschaftsgericht, jedermann gegenüber zur Verschwiegenheit über die in Ausübung ihrer Tätigkeit gemachten Wahrnehmungen verpflichtet, soweit die Geheimhaltung im Interesse der behinderten Person erforderlich ist und nicht diese selbst eine Auskunftspflicht trifft. Die Verletzung dieser Pflicht ist

ebenso zu bestrafen wie eine verbotene Veröffentlichung (§ 301 StGB).

4. (1) Die Aufsicht über die Tätigkeit der Vereine (Z 1) in fachlicher Hinsicht obliegt dem Bundesminister für Justiz. Er hat in geeigneter Weise, erforderlichenfalls durch unmittelbare Einschau, dafür zu sorgen, daß die Vereine ihre Aufgaben im Rahmen der Vereinssachwalterschaft in gesetzmäßiger und sachgerechter Weise erfüllen.

(2) Die Vereine haben dem Bundesminister für Justiz jährlich zum 30. April über ihre Tätigkeit im vergangenen Kalenderjahr zu berichten.

5. Ist die Eignung eines Vereins nach Z 1 nicht mehr gegeben, so hat der Bundesminister für Justiz dies mit Bescheid festzustellen und im Amtsblatt der Österreichischen Justizverwaltung kundzumachen.

6. (1) Der Bund kann die Vereine für Sachwalterschaft nach Maßgabe der durch ihre Mitarbeiter erbrachten Betreuungsleistungen und mit Beziehung auf den hierfür notwendigen Aufwand im Rahmen der jeweils im Bundesfinanzgesetz für diese Zwecke verfügbaren Mittel durch Gewährung von Zuschüssen fördern. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

(2) Vor Gewährung von Zuschüssen hat sich der Förderungswerber dem Bund gegenüber zu verpflichten, über die widmungsgemäße Verwendung der Zuschüsse alljährlich Bericht zu erstatten, Rechnung zu legen und zum Zweck der Überwachung der widmungsgemäßen Verwendung der Zuschüsse Organen des Bundes die Überprüfung der Durchführung durch Einsicht in die Bücher und Belege sowie durch Besichtigung an Ort und Stelle zu gestatten und ihnen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Ferner hat sich der Förderungswerber zu verpflichten, bei nicht widmungsgemäßer Verwendung von Zuschüssen oder Nichteinhaltung der im Vorstehenden angeführten Verpflichtungen diese dem Bund zurückzuzahlen, wobei der zurückzuzahlende Betrag für die Zeit von der Auszahlung bis zur Rückzahlung mit 3 vH über den jeweils für Eskontierungen der Österreichischen Nationalbank geltenden Zinsfuß pro Jahr zu verzinsen ist.

Artikel X

Schluss- und Übergangsbestimmungen

1. Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1984 in Kraft.

2. Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes treten außer Kraft

- a) die §§ 1 bis 3, 5 bis 7, 12 bis 15, 25 bis 55, 57, 60, 61, 64 und 66 bis 72 sowie, soweit sie die Entmündigung betreffen, die §§ 4, 8 bis 11, 56, 58, 62, 63, 65, 73 und 74 der Entmündi-

1420 der Beilagen

9

- gungsordnung vom 28. Juni 1916, RGBl. Nr. 207, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 304/1978;
- b) die Verordnung vom 14. Juli 1916, JMVBl. Nr. 24, über die Bekanntmachung einer Entmündigung;
 - c) die Verordnung vom 15. August 1916, RGBl. Nr. 265, über das zur Entmündigung eines Inländer, der im Inland keinen Aufenthalt hatte, zuständige Bezirksgericht.
3. (1) Wer vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes voll oder beschränkt entmündigt worden ist, steht einer Person gleich, der ein Sachwalter nach § 273 Abs. 3 Z. 3 ABGB in der Fassung dieses Bundesgesetzes bestellt worden ist; ein beschränkt Entmündigter behält jedoch die Handlungsfähigkeit eines mündigen Minderjährigen. Sachwalter ist, sofern das Gericht nicht anderes bestimmt, der bestellte Kurator oder Beistand.
- (2) Die Bestellung eines Kurators nach einer anderen Rechtsvorschrift als der Entmündigungsordnung bleibt unberührt.
4. Ein im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes anhängiges Verfahren über eine Entmündigung ist nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes in erster Instanz fortzusetzen; ein in höherer Instanz anhängiges Verfahren ist dem Erstgericht zu überweisen und von diesem so fortzusetzen, als ob das Rechtsmittelgericht die Entscheidung aufgehoben und das Verfahren an die erste Instanz zurückverwiesen hätte. Ist ein vorläufiger Beistand bestellt, so gilt er als einstweiliger Sachwalter.
5. Soweit in anderen Bundesgesetzen auf Bestimmungen, besonders auf den Begriff der „Entmündigung“, verwiesen ist, die durch dieses Bundesgesetz geändert oder aufgehoben werden, erhält die Verweisung ihren Sinn aus den entsprechenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes.
6. (1) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, ausgenommen die Art. VII und VIII, der Bundesminister für Justiz betraut; er hat hinsichtlich des Art. IX Z 6 das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen herzustellen.
- (2) Mit der Vollziehung des Art. VII ist die Bundesregierung, mit der Vollziehung des Art. VIII der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz betraut.